Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 48

PDF erstellt am: **22.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

«Recht auf Arbeit»

-an- In der stark sozial bedingten französischen Februarrevolution wurde zum ersten Male versucht, das «Recht auf Arbeit» für alle arbeitswilligen französischen Bürger in die Tat umzusetzen. Die damals eingerichteten *«Nationalwerkstätten»*, in welchen nach Ansicht ihrer Gegner diese sozialistische Idee aufs gründlichste kompromittiert wurde, da diese Institute nichts Brauchbares lieferten, im Gegenteil nur Sammelorte für bezahlten Müssiggang und Pfuscherei waren, muten uns heute sehr dilettantisch an. Spricht man modernerweise davon, dass der Staat verpflichtet sei, seinen Bürgern einen Arbeitsplatz — oder eine Entschädigung dafür, die zum Leben ausreiche, zu sichern, dann überlegt man das Ding ganz anders. Man sieht heute deutlich genug ein, dass der Staat mit mancherlei Massnahmen die innnerhalb seiner Grenzen beheimatete Wirtschaft fördern — oder mit gewissen Vorkehrungen auch bremsen kann. Der Begriff der «Konjunkturpolitik» hat sich eingebürgert. Die *«öffentliche Arbeitsbeschaffung»*, obwohl umstritten, gilt als die wichtigste Massnahme, um in Krisenzeiten den Markt zu beleben, wenn die privaten Aufträge nicht mehr genügen, um den Apparat in Gang zu halten. Man sollte eigentlich das Ganze ein wenig deutlicher in Zusammenhang bringen und beispielsweise sagen, dass die *Preisgarantie für Milch und Getreide* den Bauernstand so auf der Höhe halte, dass er dauernd als Auftraggeber des Gewerbes funktionieren könne. Oder: Dass *die Subventionierung von Arbeitslosenkassen* die untersten Einkommen vor dem gänzlichen Schwund in Krisenzeiten bewahre, so dass die Arbeiter wiederum als Konsumenten für bäuerliche, gewerbliche und industrielle Produkte funktionieren. All das *ist*, von einem überschauenden Standpunkte aus gesehen, «Arbeitsbeschaffung», Garantie gegen ein totales Absinken der Nachfrage in Krisenzeiten.

Wenn daher heute Begehren auftauchen, die *dem einzelnen Bürger direkt* einen Arbeitsplatz garantieren und den Staat dazu verpflichten möchten, dann muss man sagen, dass sie eigentlich einem anachronistischen Gedankenschatz entspringen. *Man redet heute nicht mehr davon, dass der Bürger «ein Recht habe, zu arbeiten», sondern davon, dass es eine Kunst gebe, die Wirtschaft in Vollbeschäftigung zu erhalten.* Arbeitet sich der Staat in diese Kunst ein, wird sie am Ende zur selbstverständlichen Praxis, dann findet der Einzelne von selbst Arbeit, wo und wann und so viel er will. Es sind eigentlich diese modernern Ueberlegungen, welche dem *Initiativbegehren der Unabhängigen*, das kürzlich *vom Bundesrat abgelehnt* wurde, so wenig Sympathie reifen liessen. Mit der *Ablehnung des Begehrens durch den schweizerischen freisinnigen Parteitag* ist ein weiteres Nein gefallen. Wie es dem parallel gehenden, aber sehr viel moderner gedachten *sozialdemokratischen Vorstoss* schliesslich ergehen wird, ist noch abzuwarten. Die bundesrätliche Antwort lässt nicht auf ein vollkommenes Erkennen des Problems, wie es sich für den modernen Staat schliesslich stellt, schliessen.

UNO-Fragen

Die *Veto-Debatte im Schosse der UNO-Generalversammlung*, die vor längerer Zeit bereits zu Ende gegangen, hat zu keinem Resultat führen können. Aus dem einfachen Grunde, weil es sich um eine Art «Verfassungsrevision» des neuen Völkerbundes handeln würde. Und da eine solche Revision beinahe bedeutet, dass man von vorne anfangen müsste, wird es beim Alten bleiben. Das heisst, die fünf Grossmächte behalten das Recht, immer und überall, wo es ihnen beliebt, in der Vollversammlung, im Sicherheitsrat, im Sozialrat und in jedem andern der vorgesehenen Spezialräte zu erklären, dass sie einen ihr nicht genehmen Beschluss verbieten. Dass sie sich nicht fügen würden. Worauf die jeweiligen Versammlungen nur einfach feststellen können, es seien andere Lösungen zu suchen.

Nun haben die fünf Grossmächte, denen das Veto-Recht zusteht, eine eigene Versammlung abzuhalten und dabei der kitzligen Sache etwas von ihrer Schärfe zu nehmen. Wie sie das anstellen wollen, ist natürlich eine Frage. An der UNO-Versammlung wurde ihnen — von angelsächsischer Seite, angeraten, *sich des Vetos nicht so häufig wie bisher zu bedienen und nicht die Arbeit der Vereinten Nationen dadurch praktisch lahmzulegen.* Interessant war es, die *Antwort Molotows* zu vernehmen. Es scheint, dass er einigen Eindruck gemacht hat und die Vorwürfe, welche namentlich Russland trafen, teilweise zu entkräften vermochte. Für Molotow stellt sich die Sache so, dass *die Abschaffung des Vetos das Ende der Organisation von San Franzisko*, des neuen Völkerbundes, der UNO, bedeuten müsste. Warum? Weil es Beschlüsse geben könnte, die von irgendeiner der fünf Grossmächte gegen ihre Lebensinteressen gerichtet empfinden müsste. Wollte man eine dieser Grossmächte, welche es auch wäre, zwingen, diese Sorte von Beschlüssen anzunehmen, hätte sie die Wahl, sich zu unterwerfen und damit Selbstmord zu begehen, oder aber, sich nicht zu fügen und damit den Sanktionen-Apparat der UNO gegen sich heraufzubeschwören. Eine Massnahme, die sogar der UNO selbst nicht leicht fallen würde. Gegen derartige Alternativen bildet das «Veto» einen praktischen Schutz. Russland — oder vielleicht auch die USA — können, wenn sie einen UNO-Beschluss als lebensgefährlich für ihre Existenz empfinden, der Debatte einfach Halt gebieten und die Vereinten Nationen an die betreffende Grossmacht verhindern. Es bleibt dann, was strittig ist, in der Schwebe, und neue Verhandlungen werden stattfinden, so lange bis es zu einem für alle tragbaren Kompromiss kommt.

Alle Befürworter des Kompromisses, alle, die uns sagen, in dieser Welt der Gegensätze sei ein Zusammenleben ohne ausgleichende Kompromisse nicht möglich, müssen eigentlich Molotow recht geben. Moskau kann übrigens *den britischen Premier Attlee*, der diese Weisheit in einer seiner Reden mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, direkt beim Wort nehmen. Damit aber wird auch der Weg für die Debatte der fünf «grossen Aussenminister» bezeichnet. Es kann sich in der Tat nur darum handeln, festzustellen, in welchem Falle das Veto missbraucht wurde. Anders gesagt: Die Herren müssten zu einer Definition der lebenswichtigen Fälle kommen.

Nun sind es die Russen, die in sehr vielen Fällen das Recht für sich in Anspruch nahmen, UNO-Beschlüsse zu verhindern. Warum gerade *sie* es sind, ist leicht erklärlich. Ihre Gruppe, die ausser den russischen, weissrussischen und ukrainischen Stimmen immer nur die der Polen, Tschechen und Jugoslawen in sich schliesst, steht überall in der Minderheit und hat kaum je Aussicht, in der Mehrheit zu fechten. Sie haben nie sabotiert, wenn sie etwas beschliessen helfen konnten, das die «Westmächtegruppe» verpflichtete. Ihr Veto aber fiel jedesmal, wenn sie majorisiert werden sollten. Müssig, von Sabotage zu sprechen, wenn man sich vorstellt, dass USA und England mit der Stimmenmehrheit die Russen zu jedem Rückzug zwingen könnten, der ihnen genehm wäre, falls es das Veto nicht gäbe. *Aus diesem Grunde beeilen sich die Russen gar nicht, jene Aussenministersitzung zu ermöglichen, welche dem Veto eine Grenze setzen würde.* Sie wollen ihre wichtigste Waffe des passiven Widerstandes gegen irgendwelche Majorisierung nicht abstumpfen lassen. Die andern aber werden praktisch beweisen müssen.

sen, dass sie «Verhandeln und Kompromiss» wirklich als der politischen Weisheit letzten Schluss anerkennen und auch anwenden wollen.

Die Abrüstungsfrage

wurde eigentlich von *Churchill* ins Rollen gebracht. Damals, da er von den 200 russischen Divisionen sprach, die zwischen Ostsee und Schwarzmeer ausserhalb des russischen Territoriums (oder vielleicht auch innerhalb) stünden, hörte man erstmals die Frage, wieviel Menschen überhaupt heute noch unter Waffen stünden, in einer Welt, die allenthalben unter dem Mangel an Arbeitskräften seufzt. *Stalin reduzierte in seiner Antwort die Zahl der Divisionen auf 60.* Wobei man erst noch untersuchen musste, ob nicht die fehlenden 140 in Grenznähe auf russischem Boden stünden. Anderseits fragte es sich, wie stark diese Divisionen noch seien. Ob kriegsstark oder schwächer.

Der *Vorstoss Molotows an der UNO-Versammlung* bedeutet eine späte Antwort an Churchill und die Kreise, die hinter ihm stehen. *Er wollte wissen, wie gross die britischen und amerikanischen Streitkräfte seien, die nicht auf ehemals feindlichem, sondern auf dem Boden anderer «vereinter Nationen» stünden.* Man muss die Klugheit dieser Anfrage richtig würdigen. Die von den Angelsachsen beanstandeten Massenaufgebote der Russen befinden sich zum allergrössten Teil auf ehemals feindlichem Boden, also in *Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Deutschland,* und zum kleinsten Teil anderswo. In *Jugoslawien,* so erklären die russischen Sprecher, befindet sich kein russisches Militär, ebenso wenig in der *Tschechei.* Was in *Polen* stehe, beschränke sich auf Truppen, welche die drei zugestandenen Transportwege sichern sollen: Königsberg-Stettin, Warschau-Frankfurt a. O., Lemberg-Krakau. Die starke Besatzung in *Oesterreich* wird als «Truppe in ehemaligem Feindesland» betrachtet.

Wie stehen die andern Mächte da? Die Russen meinen vor allem, die fremden Truppen in *Griechenland, Aegypten, Irak, Palästina, Transjordanien, Indien und China,* aber auch in *Indonesien. Japan* und die zurückeroberten Inseln des Pazifik sind natürlich ehemaliges Feindesland. Die geringen Bestände in *Italien* fallen ebenfalls ausser Frage. Was in Frankreich und Belgien steht, vergleichen sie mit den Sicherheitstruppen in Polen. Selbstverständlich lassen sich in diesen Gebieten die britischen und amerikanischen Abteilungen zu vielen Hunderttausenden addieren, und es versteht sich ganz von selbst, dass ohne deren Anwesenheit allenthalben politische Ereignisse erster Ordnung eintreten würden, die nicht nach dem Geschmack Londons und Washingtons sein dürften. Brächte Moskau im Sicherheitsrat einen Antrag ein, USA habe seine Spezialabteilungen aus China zurückzuziehen, ebenso England die seinen aus den genannten griechischen und arabischen Gebieten, und fänden sie wunderbarerweise etwa eine Mehrheit durch den Zuzug der Südamerikaner, würde sofort das Veto der beiden angelsächsischen Grossmächte fallen — diesmal sicher zum Teil der Welt!

Der griechische Bürgerkrieg,

der in diesen Wochen seine Konturen immer deutlicher zeigt, ist ein Beweis für die Tatsache, dass mit Hilfe der britischen Truppen der «natürliche Verlauf der politischen Entwicklung abgeändert» wurde und weiterhin wird — um in der russischen Denkweise zu sprechen. *An der ganzen Nordgrenze haben sich Banden angesammelt* — von der *Maritza-Linie in Thrazien* durch ganz *Mazedonien* und *Epirus* bis an die Adria. Die griechische Regierung behauptet, diese Banden hätten richtige Manöveriergeleise über die Grenzen der drei nördlichen Nachbarn, bekämen von dort Waffen, Munition, Proviant, könnten sich dorthin zurückziehen, wenn sie geschlagen würden, und kämen wieder, wenn sie sich neu ausgerüstet. Eine ganze Reihe von *Klagepunkten Athens liegt der UNO vor. Tito* hat als Antwort darauf die *Beziehungen zu Griechenland abgebrochen.* Selbstverständlich wird bestritten, dass es irgendwelche «jugoslawische Kommunistenhilfe» gebe.

Die russische Seite hat es leicht, zu antworten. Jedenfalls stünden keine jugoslawischen oder gar russischen Truppen auf griechischem Boden, sagen sie. Wohl aber britische. Moskau kann auch fragen, woher das gänzlich ausgepowerte Griechenland die Mittel bekommen habe, um so rasch wieder eine schlagfertige Armee aufzubauen. Noch vor wenigen Monaten war man unter britischen Militärs der Ansicht, die parteimässige Entzweiung des Griechenvolkes werde einen solchen Aufbau verunmöglichen. «Eam» und «Elas», die Linksorganisationen, müssten die Soldaten liefern, die Rechtskreise aber die Offiziere, und beide könnten kaum zusammenkommen...

Heute marschieren gut bewaffnete königliche Regimenter gegen die linksrepublikanischen Rebellen in den Bergen von *Thessalien, Mazedonien, Süd-Epirus* und *West-Thrazien.* Flugzeuge unterstützen ihren Vormarsch und greifen in die Kämpfe ein. Belgrad richtet nacheinander zwei höfliche *Noten an die königliche Regierung in Athen, um gegen die Ueberfliegung jugoslawischen Bodens durch diese Flugzeuge zu protestieren.* Athen behauptet, die Noten seien unbegründet, denn seine Flieger hätten strikte Weisung, die «fremde Luft» zu respektieren. Man wird sich auf das alte Hin und Her der gegenseitigen Beschuldigung gefasst machen und über das Ganze die alte Ueberschrift setzen können: «Nichteinmischung». Wobei man zu jedem Verdacht berechtigt sein dürfte, angefangen bei der Vermutung, dass mancherlei Fäden zwischen den Kommunisten in Hellas und ihren Brüdern in Bulgarien und Jugoslawien hin und her gehen, bis zur Behauptung, die «griechischen Flieger» sprächen englisch. Dass auf angelsächsisch-griechischer Seite gewisse Sorgen herrschen, geht aus der *Meldung* hervor, *es würden 20 000 Amerikaner Saloniki besetzen.* Womit bewiesen wäre, dass die USA von allem Anfang an dabei sein würden, wenn die britische Domäne Hellas gegen die Möglichkeit eines prorussischen Kommunistenumsturzes gesichert werden solle.

Aus dieser Feststellung aber ergibt sich, was Molotows Anregung, die alliierten Armeen auf den Territorien der Verbündeten einer «Volkszählung» zu unterwerfen, eigentlich bezweckt. Die Engländer sollen aus ihren Positionen *«hinausdiplomatisiert»* werden. Dann hören Griechenland und der Nahe Osten auf, Vorposten und Aufmarschgebiete in einem allfälligen Kriege gegen Russland zu sein. Die Engländer aber haben die Absicht, erst zu weichen, wenn ihre Domänen sich konsolidiert haben, das heisst, Regierungen besitzen, die stabil sind und sich weigern werden, ihre Länder den Russen als Angriffsbasen gegen USA und England auszuliefern. *Darum* geht das Abrüstungsgespräch.

Alt-Bundesrat Minger

Ehrendoktor der Univesität Bern

Anlässlich des diesjährigen «dies academicus» ist Herrn alt Bundesrat Minger von der Universität Bern die Würde eines Doktors honoris causa verliehen worden, und zwar mit folgender laudatio:

«Dem bäuerlichen Magistraten, in Anerkennung seiner Verdienste um die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes;

Dem unermüdlichen Kämpfer, der durch seinen Einsatz für das landwirtschaftliche Bildungswesen, das Los der landwirtschaftlichen Hilfskräfte, das bäuerliche Standesethos, Wesentliches dazu beigetragen hat, einer drohenden Landflucht zu steuern;

Dem schollenverbundenen Hüter und Förderer einer heimattreuen bäuerlichen Kultur.»